

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Kunasek, Zanger, MMMag. Dr. Kassegger, W. Rauch, Riemer und weiterer Abgeordneter  
betreffend Einhaltung des Sicherheitspakts zwischen dem BMI und dem Land Steiermark

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Tagesordnungspunkt 1, Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über den Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich (Sicherheitsbericht 2013) (III-100/276 d.B.), in der 44. Sitzung des Nationalrates, XXV. GP, am 22. Oktober 2014.**

Im Wahlkampf zur steirischen Landtagswahl wurde am 05. August 2010 zwischen Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer und der Bundesministerin für Inneres Mag. Dr. Maria Fekter medienwirksam ein sogenannter Sicherheitspakt geschlossen. Dieser Sicherheitspakt lautet auszugsweise:

*"Personalverstärkungen 300 PolizistInnen mehr für die Steiermark  
Demographische Entwicklungen im und um den urbanen Bereich als auch die Sicherstellung der polizeilichen Ausgleichsmaßnahmen (AGM) nach dem Entfall der Grenzkontrollen, insbesondere zur Bekämpfung grenzüberschreitender Deliktsformen in den Grenzräumen und auf den Transitrouten, veränderten die Belastungssituation der unmittelbar tangierten Sicherheitsdienststellen. Um diesen längerfristigen Belastungsverschiebungen Rechnung zu tragen, werden neben den im Bereich des Landespolizeikommandos Steiermark vorzunehmenden internen Personalressourcenanpassungen bis 2013 dem Bundesland Steiermark 300 PolizistInnen durch Neuaufnahmen und Versetzungen zusätzlich zugeführt werden."*

Aus dieser Formulierung geht klar hervor, dass es sich um eine echte Personalaufstockung handeln soll, und nicht bloß um den Ersatz von Beamten die in Pension gehen.

Am 15.04.2011 titelte die Kleine Zeitung: *"Zu wenige Polizisten, um Planposten zu besetzen – Akuter Personalmangel bei der steirischen Polizei: von den 300 zusätzlich versprochenen Polizisten ist bisher noch nichts zu sehen."*

Graz hat von der Evaluierung der Grenzpolizei profitiert, und 50 neue Planstellen bekommen, die jedoch nicht besetzt werden können. Mit den versprochenen drei Kursen, die jährlich in der Steiermark ausgemustert werden sollen, können gerade noch die Pensionsabgänge abgedeckt werden.

(<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2722065/zu-wenige-polizisten-umplanposten-zu-besetzen.story>, 27.04.2011)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert den mit der Steiermark geschlossenen Sicherheitspakt einzuhalten.“